

## Die Zionistische Bewegung

Als Abwehrfront gegen den Antisemitismus und zur Begünstigung aller Bestrebungen zur Verbesserung der rechtlichen Stellung der Juden gründete man 1893 den „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Dieser Verein sollte einmal Sammelbecken für die verschiedensten Strömungen des Judentums bedeuten, keine Absonderung der Juden, eher hatte man die Angleichung an die deutsche Gesellschaft (Assimilation) zum Ziel gewählt. Ab 1924 existierte auch in Sprendlingen eine Ortsgruppe.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewann die Einstellung mehr und mehr an Boden, die Rolle des ewigen Gastvolkes aufzugeben. Viele Juden sehnten sich nach nationaler Einheit in einem eigenen Land. Diesem Wunsch begegnete man schon im 17. Jahrhundert. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts griff ihn die Zionistische Bewegung mit der ernstesten Absicht auf, ihn auch zu verwirklichen.

Die Zionisten betrachteten sich wie der Centralverein als Sachwalter des Judentums, jedoch war das Andersartige bei ihnen, die Abgrenzung des Judentums gegen das gastgebende Volk, das ganz wesentliche Ziel: die Ermöglichung einer Übersiedlung aller Juden in das Land ihrer Urväter, nach Palästina, und dort die Gründung eines Nationalstaates nach europäischem Muster. Geistiger Begründer dieser Ideen war Theodor Herzl (Wien). Er propagierte und organisierte den politischen Zionismus, der in Rußland, Österreich und Deutschland aufkeimte.

In Deutschland war der Hauptvertreter zionistischer Ideen Max Isidor Bodenheimer in Köln. Allerdings unterschieden sich seine Ideen von denen Herzls. Bodenheimer kam es in erster Linie auf eine Sammlung des Judentums und die Besinnung auf seine Wesensart an. Die Auswanderung nach Palästina kam bei ihm erst in zweiter Linie. Er glaubte, diesen Staat in Palästina durch eine langsame koloniasatorische Einwanderung vorbereiten und gründen zu können, während Herzl eine raschere politische Lösung anstrebte.

Die Juden hatten keine einheitliche Vorstellung vom Zionismus. Manche sahen in ihm lediglich das Streben nach geistiger Erneuerung des Judentums, andere hielten ihn für eine Organisation zur Sammlung aller Juden in irgendeinem eigenen Staat, wieder andere glaubten in ihm die Verfechter der Idee eines Judenstaates in Palästina vereinigt.

Bodenheimer schloß sich immer mehr und mehr Herzl an, nachdem ihm klar geworden war, daß Herzls Pläne eher zum Ziel führen könnten als seine eigenen.

1896 veröffentlichte Herzl seine Broschüre „Der Judenstaat, Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“, in der er die Judenfrage zu einer Weltfrage zu machen suchte, deren territoriale Lösung von einem „Rat der Kulturvölker“ zu lösen wäre.

1897 wurde in Bingen die Zionistische Vereinigung für Deutschland gegründet. Großer Protest erhob sich hierüber beim Ausschuß deutscher Rabbiner und anderen jüdischen Organisationen, denn man betrachtete diesen Zusammenschluß als einen Verstoß gegen die staatsbürgerlichen Pflichten der deutschen Juden.

In den internationalen Zionistenkongressen, an denen nur wenige deutsche Juden teilnahmen, ging der Einfluß Bodenheimers gegenüber dem Herzls immer mehr zurück.

Herzl war zwar eifrig bemüht, aber Erfolge blieben ihm versagt: Die Verhandlungen 1901 mit dem türkischen Sultan um die Gewährung eines Territoriums für einen jüdischen Staat scheiterten, da der Sultan nach islamischer Rechtsauffassung kein jüdisches Gebiet unter türkischem Protektorat bilden durfte; auch die Verhandlungen mit Kaiser Wilhelm II. verliefen ergebnislos, da das Reich keine politischen Möglichkeiten im Vorderen Orient hatte; Verhandlungen mit England und Rußland 1902 brachten nichts.

Das Angebot zur Kolonisation der Sinai-Halbinsel konnte wegen des Einspruchs von Ägypten nicht verwirklicht werden. Auf dem 6. Zionistenkongress 1903 brachte Herzl den Vorschlag einer autonomen Siedlung in Uganda ein, gegen den sich die Russen mit Erfolg sträubten.

Während die Politiker des Zionismus ursprünglich den Standpunkt vertraten, die Juden sollten sich in ihren Heimatländern jeglicher politischen Betätigung enthalten, erkannten sie später die Notwendigkeit, Parteien zu unterstützen, die sich für die Interessen der Juden einsetzten.

Als der I. Weltkrieg ausbrach, gab es außer dem Burgfrieden zwischen den Parteien auch den zwischen Christen und Juden. Der „Verband der deutschen Juden“ und der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ riefen 1914 zu Opfern an Gut und Blut auf. Jüdische Vereine zeichneten ihr gesamtes verfügbares Geld als Kriegsanleihe.

Der jüngste Kriegsfreiwillige war der noch nicht 15 Jahre alte Jude Eugen Scheyer. Rund 17 Prozent aller deutschen Juden nahmen am I. Weltkrieg teil, ca. 18 Prozent betrug der entsprechende Durchschnitt der Gesamtbevölkerung des Reiches. Der Unterschied um 1 Prozent erklärt sich aus der Tatsache, daß die Juden größtenteils in den Städten lebten und die Tauglichkeitsziffer dort geringer war als für die Landbevölkerung. Von den 84 352 jüdischen Kriegsteilnehmern auf deutscher Seite im I. Weltkrieg sind etwa 12 000 gefallen. In Hessen-Darmstadt hatten sich von den 4 142 jüdischen Kriegsteilnehmern, d. h. 17 Prozent der jüdischen Bevölkerung, 254 freiwillig gemeldet, in ganz Hessen 1 058.

Gefallen bzw. vermißt sind 12 Prozent. 35 000 jüdische Soldaten erhielten Tapferkeitsauszeichnungen, 23 000 wurden in ihren militärischen Rängen befördert, davon stiegen 2000 in den Offiziersrang auf.

Der englische Außenminister Lord Belfour befürwortete 1917 die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk. Ähnlichlautende Erklärungen gaben weitere Länder ab, darunter auch Deutschland.

Arthur Hantke gründete 1920 einen Fonds für den Erwerb von Grund und Boden in Palästina. Kurt Blumenfeld sammelte erhebliche Geldmittel für den Zionismus und warb viele Anhänger.

Die meisten deutschen Juden und Judenverbände waren jedoch Gegner des Zionismus. Man befürchtete, die durch die Assimilation gewonnenen Rechte durch den Zionismus wieder zu verlieren.

Nach dem Polenfeldzug 1939 verfolgte die deutsche Regierung die Idee, einen halbautonomen Judenstaat, ein Reservat, im äußersten Osten Polens, zwischen Lublin und Krakau, um das Städtchen Nisko, einzurichten. Man hatte schon einige tausend jüdische Zwangssiedler dorthin „verfrachtet“, als man 1940 diese Barackenstadt wieder auflöste. Dies geschah einmal wegen der Proteste des neutralen Auslands gegen die brutale Behandlung der Juden, zum anderen ergaben sich schwer lösbare Ernährungsprobleme.

Nach dem Frankreichfeldzug tauchte der Plan auf, von Frankreich die Abtretung Madagaskars zu erzwingen, um - nach der Evakuierung der französischen Bevölkerung - 4 Millionen Juden anzusiedeln, die sich unter der Aufsicht eines deutschen Gouverneurs selbst verwalten sollte.

Bis 1933 waren nur etwa 16 deutsche Juden nach Palästina übergesiedelt, ein Beweis dafür, daß die deutschen Juden die Gefahr, die der Nationalsozialismus für sie darstellte, nicht erkannten. Der Hauptauswanderungsstrom setzte erst nach 1933 ein. In der ersten Auswanderungswelle 1933 gingen in der Hauptsache junge, wohlhabende Juden ins Ausland. Dort schufen sie für ihre Angehörigen, insbesondere für ihre Eltern, die Existenzmöglichkeit. Leute aus Mangelberufen hatten die besten Chancen, z. B. Landwirte, Handwerker, Techniker. Ende 1938 hatte erst ein Drittel der deutschen Juden ihr Vaterland verlassen.

Von 1934 an kam es sogar zu einer seltsamen Zusammenarbeit zwischen den Zionisten und der SS-Führung mit dem Ziel, die Ansiedlung der Juden in Palästina zu fördern. Man äußerte sich 1936 sehr zufrieden über diese Kontakte. Die SS-Zeitung „Das schwarze Korps“ ließ verlauten (Was uns wie ein Hohn anmutet): „Die Zeit dürfte nicht mehr allzu fern

sein, in der Palästina seine seit über einem Jahrtausend verlorenen Söhne wieder aufnehmen kann. Unsere Wünsche, verbunden mit staatlichem Wohlwollen, begleiten sie.“ Im Jahre 1937 trafen sich die SS-Führer Hagen und Eichmann mit dem Offizier Feivel Polkes der jüdischen Selbstschutzorganisation Haganah in Berlin und Kairo, wo sie über die Verstärkung der jüdischen Auswanderung verhandelten.

Mehr und mehr wurde die Auswanderung zu einer Zwangsvertreibung. Allein 1938 wurden 45 000 Juden aus Österreich und 40 000 aus Deutschland vertrieben. Immer mehr Länder schlossen in der Folgezeit ihre Grenzen gegen diesen Flüchtlingsstrom, weil man befürchtete, daß diese ausgeplünderten Juden der öffentlichen Hand zur Last fallen würden. Die Einwanderungsquoten wurden drastisch gesenkt (so in England) bzw. nicht der Notsituation der Juden entsprechend gelockert (Amerika). Frankreich hatte mit 200 000 politischen und rassischen Flüchtlingen die Grenze seiner Aufnahmefähigkeit erreicht. Kanada nahm nur Einwanderer aus landwirtschaftlichen Berufen auf. Australien, das am ehesten hätte aufnehmen können, lehnte ab, weil es befürchtete, daß Rassenprobleme im Land aufkommen könnten. Am humansten verhielten sich die kleinen Länder Holland und Dänemark. Sie nahmen, trotz großer Bevölkerungsdichte, unbeschränkt Juden auf, wenn auch nur vorübergehend.

Im Mai 1939 fuhr ein Dampfer mit 930 jüdischen Passagieren von Hamburg nach Havanna auf Kuba. Dort ließ man die Juden nicht an Land gehen. Daraufhin steuerte das Schiff New York an. Hier erklärte man den Leuten, daß die für das laufende Jahr vorgesehene Einwandererzahl erreicht wäre, weitere Einwanderer könne man nicht aufnehmen. Notgedrungen fuhr das Schiff nach Europa zurück und setzte die Leute in Frankreich, Belgien, Holland und England ab.

Einer zionistischen Widerstandsgruppe ist es zu verdanken, daß Juden heimlich auf kleinen Schiffen, unbemerkt von den britischen Mandatsbehörden, nach Palästina gelangten.

Abschließend soll noch auf ein Buch eingegangen werden, das bei der Verleumdung der Juden eine außerordentliche Rolle spielte: „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“, auch als „Protokolle der Weisen von Zion“ bezeichnet. Es ist im Jahre 1905 in Rußland entstanden und wurde in den zwanziger Jahren zu hunderttausenden von Exemplaren verbreitet. Man gab vor, es handele sich um einen Auszug aus den Protokollen des ersten Zionistenkongresses aus dem Jahre 1897.

Tatsächlich ist es das umgefälschte Plagiat einer Schmähchrift aus dem Jahre 1864, die gegen Napoleon III. gerichtet war. Sie enthielt einen Dialog zwischen Macchiavelli und Montesquieu in der Unterwelt und hatte ursprünglich nichts mit dem Judentum zu tun.

Die Worte Macchiavellis hat man dem Repräsentanten des Judentums unterschoben.

Die Folgen waren Hetze gegen die Juden, Friedhofsschändungen, von 1923 bis 1931 etwa 100 Fälle, und Synagogenplünderungen (40 Fälle).

Die Mörder von Außenminister Walther Rathenau z.B. beriefen sich 1922 auf diese „Geheimnisse“. Sie hielten Rathenau für einen der 300 Weisen von Zion.

